

Brüssel

# Wahljahr 2014: Aufbruch in Europa?



**Nina Salden leitet die Außenstelle Brüssel seit 2011. Seit 2007 unterhält der DAAD mit finanzieller Unterstützung des Bundesministeriums für Bildung und Forschung ein Büro in Brüssel, das die Zusammenarbeit mit den Institutionen der Europäischen Union fördert. Die Außenstelle hat derzeit zwei Mitarbeiterinnen.**

**Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker: Ernennung mit zwei Gegenstimmen**

## Spitzenkandidaten für mehr Demokratie in Europa

2014 war Wahljahr in Europa. Im Mai wurde ein neues Parlament gewählt, im November trat eine neue Kommission ihr Amt an. Endlich sollte es dabei einmal demokratischer, transparenter und bürgernäher zugehen als bei vorangegangenen Wahlen, um der zunehmenden Europaverdrossenheit vieler Bürger entgegenzuwirken. Bisher handelten Staats- und Regierungschefs Personalentscheidungen in der Europäischen Union (EU) meist hinter verschlossenen Türen aus. Jetzt stellten die europäischen Parteien zum ersten Mal „Spitzenkandidaten“ auf, die den Wahlkampf in Europa anführten. Der Sieger – so der Plan des Europäischen Parlaments – sollte auch den Spitzenposten in der zukünftigen EU-Kommission besetzen.


Jean-Claude Juncker, ehemaliger luxemburgischer Ministerpräsident und in den Parlamentswahlen Spitzenkandidat der erfolgreichen



Europäischen Volkspartei, wurde im Juni 2014 zum Kommissionspräsidenten nominiert. Bereits zwei Tage nach der Wahl hatten die Fraktionsvorsitzenden im Europäischen Parlament ihn für den EU-Chefposten vorgeschlagen. Seine Ernennung durch die Staats- und Regierungschefs erfolgte jedoch erst nach anfänglichem Zögern und erstmals in der Geschichte der Union gegen die Stimmen zweier Mitgliedstaaten – Großbritannien und Ungarn. Ursprünglich hatte man die Entscheidung über diesen wichtigen Posten ganz in den Händen der Regierungschefs belassen wollen. Die Ernennung der Spitzenkandidaten hatte jedoch eine Dynamik entfaltet, die es angesichts des Wahlvotums der europäischen Bürger nicht zuließ, einen neuen Kandidaten aufzustellen.

## „Kommission der letzten Chance“

Ziel des Europäischen Parlaments mit der Aufstellung der Spitzenkandidaten war, wieder mehr Bürger in Europa für die Wahl und das „Projekt Europa“ zu begeistern. Zu groß war die Angst, dass das neue Parlament von europakritischen Parteien dominiert werden könnte. Allerdings ließ sich diese Entwicklung nicht ganz aufhalten: Die europakritische britische UKIP-Partei konnte ihre Sitze von 13 auf 24 und der französische Front National von 3 auf 23 erhöhen. Zudem war die Wahlbeteiligung mit 42,5 Prozent noch geringer als 2009 (43 Prozent). Die niedrigsten Werte erreichten die Tschechische Republik mit 17 und die Slowakei mit 13 Prozent.



Deutscher  
Akademischer  
Austausch-  
Dienst

Die Außenstelle Brüssel  
pflegt den Kontakt  
des DAAD zu den  
Institutionen der EU.

#### 4. EU-Afrika-Gipfeltreffen

Forschungskommissar Carlos Moedas  
lobt Erasmus-Programm

Schulerschluss zwischen  
Bildung und Beschäftigung

Deutsche Hochschulen erhalten mehr  
Geld für Mobilitätsförderung

300 DAAD-Alumni  
in Brüssel

#### DAAD-ALUMNI IM EUROPÄISCHEN PARLAMENT

Unter den Abgeordneten des Europäischen Parlaments sind auch acht DAAD-Alumni: fünf Deutsche, ein Rumäne, eine Lettin und eine Britin. Dies kann nur förderlich für die europäische Unterstützung des internationalen Austauschs sein.

Der neue Kommissionspräsident kündigte als Gegenmaßnahme einen „Aufbruch“ in Europa an. Seine Kommission solle politischer werden, sich mit den großen Themen eingehender beschäftigen und andere Themen an die mitgliedstaatliche Ebene zurückgeben. Das Arbeitsprogramm der Europäischen Kommission 2015 ist das erste, das nur 23 neue Gesetzesinitiativen aufweist (gegenüber 130 unter der Kommission Barroso) und 80 Vorschläge wieder zurücknehmen will. Dies ist „die Kommission der letzten Chance“, um Europa den Bürgern wieder näherzubringen, sagte Juncker in seiner Antrittsrede vor dem Europäischen Parlament. >



**Das neue Team in  
Brüssel: die Europäischen  
Kommissare**

Als erste Amtshandlung kündigte Juncker im Dezember 2014 ein 315 Mrd. Euro schweres Investitionspaket an, um die Wirtschaft in Europa endlich wieder zum Wachsen zu bringen. Mit welchen Mitteln dieses Paket finanziert werden soll, ist jedoch offen. Die europäischen Garantien, die private Investitionen anlocken sollen, müssen wohl aus dem ohnehin knappen EU-Haushalt bereitgestellt werden. So wird unter anderem diskutiert, 2,7 Mrd. Euro aus

dem EU-Forschungsprogramm Horizont 2020 für den neuen „Fonds für Strategische Investitionen“ zur Verfügung zu stellen. Dagegen protestierten bereits Interessenvertreter aus Wissenschaft und Forschung.

### **Schwierige Anhörung für designierten EU-Bildungskommissar**

Bevor die Kommission offiziell ihr Amt antreten konnte, mussten sich die designierten Kommissare einer Anhörung in den zuständigen Ausschüssen des Europäischen Parlaments stellen. Ausgerechnet der designierte Bildungskommissar, der Ungar Tibor Navracscics, war der Erste, der die geplante Zustimmung nicht erhielt. Ursprünglich sollte er von Juncker das Portfolio Bildung, Kultur, Jugend und Bürgerschaft erhalten. Aber seine Vergangenheit als ungarischer Justizminister mit Zuständigkeit für die Mediengesetzgebung, die das Land in Konflikt mit der EU geführt hatte, durchkreuzte diese Pläne. Die europäischen Parlamentarier sprachen ihm die Kompetenz ab, europäische Grundwerte verteidigen zu können, und legten

### **NEUER EU-KOMMISSAR TIBOR NAVRACSCICS**



**Bildungskommissar Tibor Navracscics:  
Vor der politischen Karriere war der  
Ungar Rechtsprofessor.**

Tibor Navracscics ist in der Juncker-Kommission für das Portfolio Bildung, Kultur, Jugend und Sport zuständig. Er wurde von der ungarischen Regierung als EU-Kommissar vorgeschlagen. Vor seiner Nominierung war er Minister in der Regierung Viktor Orbáns: Zwischen 2010 und 2014 war er Minister für Justiz und Verwaltung; 2014 hatte er kurzzeitig den Posten des Außenministers inne. Zwischen 2006 und 2010 saß er als Abgeordneter im ungarischen Parlament und war hier Mitglied des Ausschusses für konstitutionelle, rechtliche und prozedurale Angelegenheiten. Tibor Navracscics ist studierter Rechtswissenschaftler und hat im Fach Politische Wissenschaften an der Eötvös-Loránd-Universität (ELTE) in Budapest promoviert. Vor seiner politischen Karriere war er außerordentlicher Professor an der Fakultät für Rechtswissenschaften und Politische Wissenschaften an der ELTE.

## Wer macht eigentlich Hochschulpolitik in Brüssel – und wie?

Die Europäische Union nimmt eine immer wichtigere Rolle in der Gestaltung von Hochschulpolitik ein: Sie setzt Förderprogramme auf, spricht Empfehlungen aus, entwickelt Strategien und untersucht hochschulpolitische Trends und Entwicklungen. 20 deutsche Hochschulvertreter haben sich in einem dreitägigen Fortbildungsseminar im September / Oktober 2014 an der Außenstelle Brüssel einen Überblick über die zahlreichen Initiativen der EU verschafft.

Ein kurzer Blick auf die vielen Akteure in Brüssel kann leicht verwirren. Die Europäische Kommission besteht aus 33 Generaldirektionen. Mindestens sechs davon beschäftigen sich direkt oder indirekt mit Hochschulen. Neben der Generaldirektion für Bildung und Kultur sind dies die Generaldirektionen für Forschung, Regionalpolitik, Beschäftigung und Entwicklungszusammenarbeit sowie der Europäische Auswärtige Dienst und die Delegationen der EU-Kommission. Europäische Agenturen wie die Exekutivagentur für Bildung, Audiovisuelles

und Kultur (EACEA) und die Exekutivagentur für Forschung (REA) setzen die EU-Förderprogramme um. Im Europäischen Parlament werden Verordnungen für Programme diskutiert und der jährliche Haushalt wird verabschiedet. Vertreter der EU-Mitgliedstaaten bereiten in den Ratsarbeitsgruppen Vorschläge der EU-Kommission zur Verabschiedung durch die Bildungsminister vor. Und nicht zuletzt gibt es eine Reihe von Organisationen außerhalb der EU-Institutionen, die ihren Einfluss auf EU-Bildungs- und Forschungspolitik geltend machen. Viele dieser Akteure haben den Seminarteilnehmern durch Vorträge einen direkten Einblick in ihre Arbeit gegeben – aber auch Kommentare und Anregungen der Teilnehmer aus der Praxis wieder mit zurück an den eigenen Schreibtisch genommen. Denn nicht immer läuft in der Praxis alles so wie ursprünglich in Brüssel geplant.

Wenn die Europäische Kommission eine politische Strategie aufsetzt, heißt das im EU-Jargon „Mitteilung“. In den letzten Jahren gab es eine ganze Reihe von Mitteilungen der EU-Kommission, die sich an Hochschulen richten: Die

„Modernisierungsagenda für Hochschulen“ (2011), „Europäische Hochschulbildung in der Welt“ (2013) sowie „Die Bildung öffnen“ (2013). Die in den EU-Mitteilungen definierten Ziele sollen durch Maßnahmen der EU-Mitgliedstaaten, aber auch durch die EU-Förderprogramme in die Praxis umgesetzt werden. Deshalb ist für die Hochschulen, die sich um EU-Fördermittel bewerben, ein Blick in diese Strategien besonders wichtig. Das DAAD-Seminar bot den Teilnehmern Einblicke in die zurzeit am meisten diskutierten Hochschulthemen in Brüssel: Zusammenarbeit der Hochschule mit der Wirtschaft, die Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien, die internationale Kooperation sowie die Rolle der Hochschulen in Regionalpolitik und EU-Strukturförderung.

Die Außenstelle und die Nationale Agentur für EU-Hochschulzusammenarbeit im DAAD vertreten die Anliegen der deutschen Hochschulen in Brüssel. Sie fördern den Austausch mit den EU-Institutionen, verbreiten Information über die EU-Programme und geben Erfahrungen aus der Praxis in Deutschland an die Akteure in Brüssel weiter.

Juncker nahe, ihm das Portfolio Bürgerschaft zu entziehen. Grundsätzlich sprach sich der Ausschuss jedoch positiv zu Navracsics' Nominierung aus, sodass dieser am 1. November sein Amt als Kommissar für Bildung, Kultur, Jugend und Sport antreten konnte.

Für den Bereich Forschung und Innovation ist seit November der Portugiese Carlos Moedas zuständig. In seiner Anhörung im Europäischen

Parlament hob er die eigenen positiven Erfahrungen mit dem Erasmus-Programm hervor. „Erasmus was the defining moment of my life“, sagte er.

Auf die neue Kommission wartet eine Herkulesaufgabe. Die europakritischen Stimmen nehmen zu – und machen auch vor einem der Kernbestandteile der europäischen Integration nicht halt: der europäischen Freizügigkeit. >



Der britische Premierminister Cameron redet offen davon, sie begrenzen zu wollen. Dabei ist gerade die Freizügigkeit für Bildung und Forschung und damit auch für ein wirtschaftlich starkes Europa besonders wichtig. Im Februar votierten die Schweizer in einem Referendum für die Begrenzung der Einwanderung aus der EU. Daraufhin setzte die EU die Verhandlungen für eine Assoziierung der Schweiz an die EU Bildungs- und Forschungsprogramme Erasmus+ und Horizont 2020 aus. Nun wird die Schweiz mit eigenen Mitteln den Studierendenaustausch fördern. Die volle Teilnahme Schweizer Forscher und Studierender an den EU-Programmen wird jedoch nicht wie geplant möglich sein.

### **Bildung (nur) für Beschäftigung?**

Mit den neuen politischen Köpfen in Brüssel gehen Veränderungen in der administrativen Struktur der Europäischen Kommission einher. Die Berufsbildung und der Bereich Fähigkeiten und Kompetenzen wurden von der Generaldirektion Bildung und Kultur in die Generaldirektion Beschäftigung verlegt. Dies soll eine bessere Abstimmung der Politikbereiche mit den Bedürfnissen des Arbeitsmarktes ermöglichen. Der Bildungskommissar wird zukünftig unter der Leitlinienkompetenz des Vizekommissars für „Beschäftigung,

Wachstum, Investitionen und Wettbewerbsfähigkeit“ im Team für „Neue Impulse für Beschäftigung, Wachstum und Investitionen“ arbeiten – und auch im Rat zeigt sich der neue Schulterschluss zwischen Bildung und Beschäftigung: Erstmals sind im Dezember 2014 die drei Beschäftigungsminister des Präsidentschafts-Trios im Bildungsministerrat und die drei Bildungsminister im Beschäftigungsrat vertreten. Beschäftigung und wirtschaftlicher Aufschwung bleiben erste Priorität in Europa. Hiervon kann die Bildung profitieren. Aber auch Bildung an sich – nicht allein für die Beschäftigungsfähigkeit – hat ihren Platz in der europäischen Politik verdient.

### **Erasmus+: Start mit Stolpersteinen**

2014 war nicht nur Wahljahr, sondern auch das erste Jahr im mehrjährigen Finanzrahmen 2014 bis 2020 und damit Start der neuen EU-Programme. Für das Bildungsprogramm Erasmus+ verlief der Neubeginn nicht ohne Schwierigkeiten. Die EU-Kommission hatte eine Reihe von neuen, grundsätzlich sinnvollen IT-Tools aufgesetzt, die jedoch zum geplanten Start nicht fertig waren und somit für viel Verwirrung und zusätzlichen Aufwand bei den Antragstellern sorgten. Der DAAD hatte bereits während der Verhandlungen zum Programm Bedenken geäußert, da sehr unterschiedliche





**Die damalige EU-Kommissarin für Bildung, Kultur, Mehrsprachigkeit und Jugend Androulla Vassiliou bei der Nationalen Auftaktveranstaltung Erasmus+ in Berlin**

Förderbereiche (Schul-, Berufs-, Erwachsenen- und Hochschulbildung sowie Jugend und Sport) in ihren administrativen Abläufen aufeinander abgestimmt werden sollten. Diese Bedenken haben sich leider bewahrheitet und spiegeln sich nun in einem 315 Seiten starken Programmleitfaden und ebenso langen Antragsformularen wider. Die Europäische Kommission wird in den kommenden Jahren weiter an der Nutzerfreundlichkeit und der Vereinfachung des Programms arbeiten müssen. Der DAAD wird sie hierbei mit Vorschlägen aus der Praxis unterstützen.

Trotz dieser technischen Schwierigkeiten zum Programmstart bietet das neue Bildungsprogramm ein enormes Potenzial. Es stehen 40 Prozent mehr Finanzmittel zur Verfügung. Der DAAD hat für die Mobilitätsmaßnahmen 2014/2015 16 Mio. Euro zusätzlich erhalten; das Budget soll ab 2016/2017 noch einmal ansteigen. Europäische Hochschulen können die neuen Fördermaßnahmen in Erasmus+ strategisch nutzen, um ihre Internationalisierung auszubauen. Die Außenstelle Brüssel veranstaltete gemeinsam mit der Hochschulrektorenkonferenz (HRK) im Juli 2014 ein Seminar für deutsche Hochschulrektoren und -präsidenten in Brüssel, um diesen strategischen Nutzen zu verdeutlichen. Die Hochschulleiter tauschten sich mit dem Generaldirektor für Bildung und

Kultur der Europäischen Kommission sowie mit weiteren Architekten des Programms aus.

Mit dem zweiten Aufruf des Programms im Herbst 2014 startete auch die lang erwartete internationale Dimension von Erasmus+. 1,68 Mrd. Euro werden bis 2020 für den Mobilitätsaustausch und die Hochschulkooperation mit Partnern außerhalb der EU zur Verfügung stehen. An die deutschen Hochschulen fließen im Jahr 2015 allein für die Mobilitätsförderung 15,5 Mio. Euro zusätzlich; dies entspricht knapp 2.500 Einzelförderungen. Die zusätzlichen Finanzmittel sind willkommen, jedoch angesichts der vielfältigen Kooperation deutscher Hochschulen mit Partnern weltweit kein großer Wurf. Auch hier rät der DAAD zur strategischen Nutzung der Mittel, um gezielt Kooperationen mit ausgewählten Partnern zu stärken.

### **Hochschulbildung – Faktor der Entwicklungszusammenarbeit**

Die Europäische Union ist ein zentraler Akteur der Entwicklungszusammenarbeit. Rechnet man die Zahlungen der offiziellen Entwicklungshilfe (ODA) der EU-Institutionen und der 28 Mitgliedstaaten zusammen, ist Europa bei weitem der größte ODA-Geber der Welt. Allein die EU-Institutionen sind 2013 mit 14 Mrd. Euro

**EU-Afrika-Gipfel: Die Außenstelle lädt afrikanische und europäische Partner zur Diskussion über Modernisierung in der Hochschulbildung.**





**Prof. Natheer Abu-Obeid, Präsident der Deutsch-Jordanischen Universität, bedankt sich bei DAAD-Generalsekretärin Dr. Dorothea Rüländ für die Unterstützung des DAAD (links).**

**Diskutieren über Transnationale Hochschulbildung: Karim Ishak, Absolvent der Deutschen Universität Kairo, Prof. Joachim Litz, Vizepräsident der Fachhochschule Lübeck, DAAD-Gruppenleiter Dr. Stephan Geifes (v.r.n.l.) (rechts)**

## Transnationale Bildung in der Hochschulkooperation – eine neue Form der Internationalisierung?

Die Europäische Strategie zur Internationalisierung der Hochschulbildung führt Projekte der Transnationalen Bildung (TNB) als wichtiges Element für die Internationalisierung europäischer Hochschulen auf: „Die europäischen Hochschuleinrichtungen sollten sich entsprechend ihren Schwerpunkten in Lehre, Forschung oder Innovation positionieren und Partnerschaften innerhalb und außerhalb Europas eingehen, z. B. durch [...] gemeinsame Zweig- oder Außenstellen in Nicht-EU-Ländern.“ Ein von der Außenstelle Brüssel und der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der EU ausgerichtetes Seminar im Dezember 2014 in Brüssel zeigte auf, wie diese Transnationalen Bildungsprojekte in der Praxis gestaltet werden können. Die Diskussion verdeutlichte den anwesenden europäischen Vertretern: Nicht

nur europäische Hochschulen profitieren von TNB-Projekten. In erster Linie kommen sie den Partnerländern zugute: Sie füllen eine Lücke im einheimischen Hochschulsektor und bieten den Studierenden eine anspruchsvolle internationale Ausbildung, ohne dass sie physisch mobil sein müssen. Professor Abu-Obeid, Präsident der Deutsch-Jordanischen Universität (GJU) und Referent der Veranstaltung, erläuterte dies anschaulich. So hätten seine Absolventen durch die aus Deutschland importierte praxisnahe Ausbildung die besten Chancen auf dem jordanischen Arbeitsmarkt. Und die Existenz der GJU habe im traditionell ausgerichteten jordanischen Hochschulsektor gezeigt, welche neuen Formen der Hochschulbildung es geben könne. Das Beispiel macht deutlich, dass TNB-Projekte die Entwicklung der Humanressourcen eines Landes sowie des Hochschulsystems fördern – und damit auch einen Beitrag im Rahmen der europäischen Entwicklungszusammenarbeit mit Partnerländern leisten können.

Die Nachfrage vieler Partnerländer nach dem deutschen Modell der Transnationalen Bildung ist hoch. Stärker als angelsächsische Modelle fußt dieses auf einem partnerschaftlichen Ansatz. Europäische Kooperationsformen existieren in den TNB-Projekten zurzeit noch nicht. „Für die Zukunft wäre dies jedoch vorstellbar. Eine große Nachfrage besteht momentan zum Beispiel im mediterranen Raum – einer Region, die viele Länder miteinander verbindet“, sagte DAAD-Generalsekretärin Dr. Dorothea Rüländ im Interview auf die Frage nach der europäischen Dimension. Die Kenntnis des deutschen Modells der Transnationalen Bildung hat die Veranstaltung den rund 120 anwesenden europäischen Vertretern bereits mit auf den Weg gegeben.



## ALUMNI DISKUTIEREN ÜBER DEUTSCHLANDS ROLLE IN DER EU

Im „Deutschland braucht Europa – Europa braucht Deutschland“, so lautete der Titel einer Alumniveranstaltung, die die DAAD-Außenstelle gemeinsam mit dem „Mercator Program Center for International Affairs“ im April 2014 in Brüssel ausrichtete. Dieser Titel ist zugleich ein Zitat des ersten deutschen Bundespräsidenten Theodor Heuss. Heuss' Aussage, so



**Im Gespräch mit DAAD-Alumni: Botschafter Peter Tempel, damaliger Ständiger Vertreter Deutschlands bei der EU, über die Rolle Deutschlands in der Europäischen Union**

Peter Tempel, Ständiger Vertreter der Bundesrepublik Deutschland bei der EU und Referent der Alumniveranstaltung, ist noch heute das Leitbild aller Bundesregierungen in der Europapolitik. Mit ihm, einem der besten Kenner der deutschen Europapolitik, diskutierten rund 70 DAAD-Alumni aus Brüssel. Ihre Fragen gingen auch über Deutschlands Rolle hinaus. „Braucht Großbritannien Europa und braucht Europa Großbritannien?“, „Was können wir tun, um Europa den Bürgern in Deutschland näherzubringen?“ und „Sollte Bildung nicht im Zentrum der Europapolitik stehen?“, wollten die DAAD-Alumni vom Botschafter wissen.

Der DAAD zählt rund 300 deutsche und ausländische Alumni in Brüssel, die im EU-Umfeld leben und arbeiten. Die DAAD-Außenstelle will sie an den DAAD und Deutschland binden und bietet Vernetzungsmöglichkeiten durch Veranstaltungen an.

(15,9 Mrd. US-Dollar) zweitgrößter Geber hinter den USA. Hochschulkooperation macht derzeit nur einen sehr kleinen Teil der EU-Entwicklungshilfe aus, gewinnt aber an Bedeutung.

Im April 2014 fand das vierte EU-Afrika-Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs in Brüssel statt. In der Schlusserklärung des Gipfels wurde Hochschulbildung als „wichtiger Faktor für die Entwicklung demokratischer Strukturen und wirtschaftlicher Prosperität“ bezeichnet. Am Rande des offiziellen Gipfels organisierte die Generaldirektion Bildung und Kultur ein Seminar zu Qualitätssicherung und Harmonisierung in der Hochschulbildung, in dem das vom DAAD und der HRK durchgeführte „DIES-Programm“ zur Stärkung von Qualitätssicherungsstrukturen viel Lob von den anwesenden afrikanischen Teilnehmern erhielt. Die Außenstelle Brüssel nutzte ebenfalls die erhöhte Aufmerksamkeit für Afrika in Brüssel mit der Ausrichtung eines Seminars, um die im Entstehen begriffene DAAD-Afrika-Strategie mit rund 60 afrikanischen und europäischen Partnern zu diskutieren.

In der ASEAN-Region setzte die Europäische Kommission im Rahmen ihrer entwicklungs-politischen Zusammenarbeit ein Hochschulprogramm in Höhe von rund 9,6 Mio. Euro auf, um Mobilität, Qualitätssicherungs- und Anerkennungsmechanismen zu fördern. Das Programm wird – nach intensivem Austausch mit der zuständigen EU-Delegation in Jakarta und der Europäischen Kommission in Brüssel – von einem Konsortium aus British Council, DAAD, Nuffic, Campus France, EUA und ENQA umgesetzt. Ende des Jahres kündigte die Europäische Kommission an, die Hochschulbildung für syrische Flüchtlinge in den Aufnahmeländern der Region durch Stipendienprogramme unterstützen zu wollen. Damit besteht in Partnerländern eine Reihe von EU-Hochschulinitiativen, die der DAAD aktiv verfolgt und durch seine Expertise in diesem Bereich auch in den kommenden Jahren mitgestalten möchte. <<

Tabelle 21 : Statistischer Überblick Europäische Union 2014

Daten	
Mitgliedstaaten	28
Bevölkerungszahl absolut	507 Mio.
Fläche (in km <sup>2</sup> )	4,5 Mio.
BIP der EU-28 (2013*, in EUR)	13.075 Mrd.
Mehrfähriger EU-Haushalt 2014–2020 (in EUR)	960 Mrd.
hiervon für das EU-Bildungsprogramm Erasmus+ (in EUR)	14,7 Mrd.
Jährlicher EU-Haushalt (in EUR)	143 Mrd.
Haushalt für Wettbewerbsfähigkeit für Wachstum und Beschäftigung (Bildung, Forschung, Innovation, in EUR)	16,5 Mrd.
in % des Gesamthaushalts (2013)	8,9
Ausgaben für Bildung in der EU-28 (2011*, in % des BIP)	∅ 5
Tertiäre Bildung (in % des BIP)	1,3
Hochschulen	ca. 4.000
Studierende (ISCED 5 und 6) 2012*	20,2 Mio.
Hochschulabsolventen 2013*	4,8 Mio.
Erasmus-geförderte Studierende 2012/13*	268.143
seit 1987	> 3 Mio.
Hochschulabsolventen 2013* (Prozentsatz der 30- bis 34-Jährigen)	36,9
Erwerbsquote bei Hochschulabsolventen im Alter von 20 bis 34 Jahren 2013* (in %)	75,5
Die drei wichtigsten EU-Institutionen	
<b>Rat der Europäischen Union</b> Vertretung der EU-Mitgliedstaaten Gesetzgebendes Organ (in den meisten Politikbereichen gemeinsam mit dem Europäischen Parlament)	
<b>Europäisches Parlament</b> Vertretung der Bürger / Gesetzgebendes Organ (Zustimmung oder Mitentscheidung mit Rat)	751 Mitglieder
<b>Europäische Kommission</b> Exekutive- / Ausführende Behörde Vorschlagsrecht für EU-Gesetzgebung	1 Präsident 7 Vize-Präsident 20 Kommissare 33.039 Beamte 33 Generaldirektionen

\* Angaben beziehen sich auf die 28 Mitgliedstaaten, auch wenn Kroatien erst 07/2013 beigetreten ist.

Quellen:  
 Europäisches Parlament (► <http://www.europarl.europa.eu/>) |  
 Europäische Kommission (► <http://ec.europa.eu/>, ► [http://ec.europa.eu/civil\\_service/docs/hr\\_key\\_figures\\_en.pdf](http://ec.europa.eu/civil_service/docs/hr_key_figures_en.pdf)) |  
 Eurostat – Statistisches Amt der Europäischen Union (► <http://ec.europa.eu/eurostat/tgm/graph.do?tab=graph&plugin=1&language=en&pcode=tps00001&toolbox=type>, ► <http://ec.europa.eu/eurostat/documents/3217494/5786625/KS-EX-14-001-EN.PDF/8642be84-659a-4a3d-a451-1ef26101c78f?version=1.0>, ► <http://ec.europa.eu/eurostat/documents/3930297/6309576/KS-El-14-001-EN-N.pdf>, ► <http://ec.europa.eu/eurostat/tgm/table.do?tab=table&init=1&language=en&pcode=tsdsc510&plugin=1>, ► <http://appsso.eurostat.ec.europa.eu/nui/submitViewTableAction.do>, ► [http://ec.europa.eu/eurostat/en/web/main/data/database?node\\_code=educ\\_enr15](http://ec.europa.eu/eurostat/en/web/main/data/database?node_code=educ_enr15), ► <http://ec.europa.eu/eurostat/tgm/table.do?tab=table&init=1&language=en&pcode=tps00053&plugin=1>, ► [http://ec.europa.eu/eurostat/tgm/table.do?tab=table&init=1&language=en&pcode=t2020\\_41&plugin=1](http://ec.europa.eu/eurostat/tgm/table.do?tab=table&init=1&language=en&pcode=t2020_41&plugin=1)) |  
 Generaldirektion für Finanzplanung und Haushalt (► [http://ec.europa.eu/budget/index\\_de.cfm](http://ec.europa.eu/budget/index_de.cfm)) |  
 Generaldirektion für Bildung und Kultur (► [http://ec.europa.eu/programmes/erasmus-plus/discover/key-figures/index\\_en.htm](http://ec.europa.eu/programmes/erasmus-plus/discover/key-figures/index_en.htm), ► [http://ec.europa.eu/education/library/statistics/ay-12-13/facts-figures\\_en.pdf](http://ec.europa.eu/education/library/statistics/ay-12-13/facts-figures_en.pdf))